



## Ausblick (\*)

Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest sind auf den ersten Blick keine Erfolgsjahre gewesen, denn von den anvisierten großen politischen Zielen, wie eine spürbare Erhöhung des Arbeitslosengeldes, die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung, der Erhalt der Arbeitslosenhilfe, die Verhinderung von Hartz-IV usw. konnte kein einziges erreicht werden. Aber dies trifft auch auf nicht realisierte Forderungen anderer sozialer Bewegungen zu und sagt eher etwas über den Gesamtzustand der politischen Aktivitäten in Deutschland aus. Um über Erfolge oder Misserfolge und daraus resultierende Konsequenzen zu reden, sei nochmals darauf hingewiesen, dass eine Bewegung nur dann spürbare Erfolge erzielen kann, wenn sie über Ressourcen verfügt, die

den maßgeblichen Gegner, also Politik und Verwaltung, unter Druck setzen kann. In einem Interview antwortet Frances Fox Piven auf die Frage:

„Wie kommen Menschen in Bewegung, und auf welche Ressourcen kann sich die Macht der Subalternen<sup>1</sup> stützen?“ folgendermaßen:

„Ich denke, die wichtigste Ressource von subalternen Gruppen besteht in ihren Fähigkeiten. Diese Gruppen spielen eine wichtige Rolle in all unseren institutionellen Systemen der Kooperation. Ihre wichtigste Ressource ist die Drohung, diese Kooperation zu verweigern und gegen die Regeln zu verstoßen, die auf ihre Kooperation angewiesen sind. Ihre Ressource ist also, anders gesagt, die Störung der institutionellen Ordnung unserer Gesellschaft. Auf diese Weise konnten untergeordnete Gruppen in der Geschichte hin und wieder Erfolge erzielen.“<sup>2</sup> Die Möglichkeiten einer institutionellen Erschütterung, als erfolgversprechende Strategie, spielt zurzeit für die Mehrheit der Erwerbslosen keine Rolle. Auch die agierenden Erwerbslosengruppen schaffen es nur sporadisch in einzelnen Jobcentern mit kollektiven Zahltagen oder anderen Aktionen den Normalbetrieb zu beeinträchtigen. Eher selten ist das selbstorganisatorische Vorgehen von Hartz-IV-BezieherInnen wie z.B. 2007 in Herne. Dort protestierten knapp 100 Betroffene gegen eine nicht erfolgte Auszahlung von Arbeitslosengeld II zum Monatsende. „Die zunehmend aggressive Menge forderte so lautstark die Auszahlung, dass Mitarbeiter die Polizei zu Hilfe riefen. Bochums Polizeisprecher sprach von einem „Massenüberfall in noch nicht dagewesener Dimension“. Am Nachmittag entspannte sich die Situation schlagartig, als die Überweisungen eingingen.“<sup>3</sup>

Auf den Ämtern und in den Erwerbslosenhaushalten herrscht eine Stimmung des individuellen Aufschrei, gepaart mit resignativen Phasen, abwartender, sich steigender Wut und einzelner vor und auf dem Amt stattfindender Aktionen von Erwerbslosengruppen. Eine brodelnde Mischung, von der keiner weiß, wann der Siedepunkt erreicht ist.

Zwischen 1982 und 1997 fanden nicht nur zwei Bundeskongresse der Erwerbslosen statt, sondern formierte sich auch ein bundesweit organisiertes Netzwerk von inhaltlich unterschiedlichen Erwerbslosengruppen. Mit stetiger Arbeit vor Ort gründeten sich in fast jeder größeren Stadt und in vielen Landkreisen Initiativen von Erwerbslosen, die immer wieder öffentlichkeitswirksam auf sich aufmerksam machten.

<sup>1</sup> Subalterne Gesellschaftsschichten sind nach Gramsci durch hegemoniale Strukturen und die Herrschaftsausübung anderer Gesellschaftsteile stark eingeschränkt in ihren Möglichkeiten, sich ihrer politischen Interessen und ihrer potentiellen politischen Stärke bewusst zu werden und sich politisch und öffentlich zu artikulieren (Wikipedia).

<sup>2</sup> Regeln brechen Quellen der Macht – ein Gespräch mit Frances Fox Piven, in: express 02/11

<sup>3</sup> <http://www.bild.t-online.de> 01. Februar 2007

1998 gelang es erstmals durch bundesweite Aufrufe, ausgehend von den gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen, Erwerbslose an einem regelmäßig stattfindenden Zeitpunkt (der Veröffentlichung der monatlichen Arbeitslosenzahlen) eine gewisse Zeit zu mobilisieren. Bis zu 40.000 Betroffenen und ihre UnterstützerInnen beteiligten sich mit vielfältigen radikalen und weniger radikalen Aktionen daran. Auch wenn keine der wesentlichen Forderungen des Protestes erfüllt wurde, so führte bereits der erste Aufruf zu Unbehagen innerhalb der damaligen Bundesregierung, aufgrund des nicht zu kalkulierenden Protestverhaltens. Welt-online reagierte am 03.02.1998 mit der Überschrift: "In Bonn wächst die Nervosität angesichts der geplanten Proteste von Arbeitslosen". Und in Frankfurt am Main rief der damalige Bundesarbeitsminister, nach der Besetzung des Arbeitsamtes, den verantwortlichen Arbeitsamtsdirektor an und beschwor ihn sofort das Arbeitsamt zu räumen, um mögliche bundesweit ähnliche Aktionen zu verhindern.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen für eine andere Arbeitslosen- und Arbeitsmarktpolitik stand die Abwahl der schwarz/gelben Bundesregierung.

Allerdings zeigte sich schnell, dass die damals hoffnungsvoll geforderte „Wende“ nicht nur keine Verbesserung brachte, sondern die Situation der Erwerbslosen mit der Einführung der Hartz-Gesetze nochmals verschlechterte.

Der Beginn des Protestes von Wenigen in Magdeburg 2004 ließ eine von Woche zu Woche ansteigende Demonstrationswelle im Osten Deutschlands entstehen. Mit bis zu 200.000 TeilnehmerInnen kann zwischen 2004 und 2005 von Massenprotesten, den sogenannten Montagsdemonstrationen, gesprochen werden. Allerdings wurde die zentrale Parole „Weg mit Hartz-IV“ nicht von den Gewerkschaften mitgetragen (da sie selbst mit VertreterInnen in der Hartz-Kommission saßen), der Funke in den Westen sprang nur zaghaft über<sup>4</sup> und schließlich führte eine abermalige Hoffnung über Wahlen grundlegende Veränderungen zu erreichen (in dem Fall mit der Partei „Die Linke“) in die Sackgasse. Die Proteste versiegten und werden nur noch von vereinzelt kleinen Gruppen aufrechterhalten.

Aber, welche Erfolge können Erwerbsloseninitiativen vorweisen und was ist ein Erfolg?

Der Begriff Erfolg bezeichnet das Erreichen selbst gesetzter Ziele. In diesem Sinne, wurden die zentralen Ziele (noch) nicht erreicht. Dennoch war z.B. die Demonstration am 01.11.2003 erfolgreich, da sie den Anspruch hatte möglichst viele Menschen gegen Hartz IV zu mobilisieren. 100 000 Menschen formierten sich in Berlin auch ohne offizielle Unterstützung durch Großorganisationen, die RednerInnen kamen aus den eigenen Reihen (ohne Parteipräsidenten und ohne höhere Gewerkschaftsfunktionäre) und kurze Zeit erfolgten Verhandlungen mit den Gewerkschaften für weitere gemeinsame Aktivitäten auf gleichberechtigter Augenhöhe.

Und auch die Montagsdemonstrationen waren zumindest im Osten erfolgreich, weil auch sie das Ziel hatten in massenhafter Form den Regierenden ihre Unzufriedenheit zu zeigen. Organisatorisch erfolgreich waren die Initiativen über Jahrzehnte, indem eine gefestigte Struktur von Erwerbslosengruppen (auch wenn es von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sein mag und etliche Erwerbslosenstrukturen so schnell wie sie entstehen wieder zerfallen) geschaffen wurde, ohne die manche Aktionen nicht hätten stattfinden können.

Praktische und oft erfolgreiche Durchsetzung von Rechtsansprüchen gehören zu den überragendsten Ergebnissen der Wirkungsmöglichkeiten von Erwerbslosengruppen. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil zu den Regelsätzen, unabhängig davon, wie es im Einzelnen eingeschätzt wird, wäre ohne die rechtliche Vorarbeit vieler Erwerbsloser, so nie möglich gewesen. Hierzu gehört auch die kollektive Rechtserstreitung durch regelmäßige Zahltage, an

---

<sup>4</sup> Berücksichtigt werden muss auch, dass die Montagsdemonstrationen im Osten u.a. von der Angst getrieben wurden auf eine Stufe mit Menschen, die seit Jahren Sozialhilfe beziehen, gestellt zu werden. Dies war nicht gerade förderlich für die Solidarität zwischen Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen.

denen Gruppen von Betroffenen ihre Interessen offensiv und gemeinsam im Jobcenter durchsetzen.

Erfolge unterscheide ich zum einen in solche, die von Initiativen erkämpft wurden (z.B. die Durchsetzung eines Schulbeihilfefonds in Oldenburg). Zum Anderen gibt es aber immer wieder Bündnisaktivitäten, die es, auch mit Hilfe von Prominenten, schaffen wichtige Themen über Medien an die Öffentlichkeit zu bringen, etwa die Frage nach der Richtigkeit der Höhe der Kinderregelsätze, ohne Infragestellung des gesamten Regelwerkes und ohne breite Bewegung, so z.B. die Rücknahme der Streichung des Wachstumsbedarfs für Schulkinder bis 13 Jahre im Hartz-IV-Bezug bzw. noch aktueller die Freistellung von Einkommen aus Ferienjobs bei Kindern. Zu berücksichtigen sind auch kleine sozialpolitische Verbesserungen, die durch internes Parteienverhandlungen möglich waren (z.B. die Verlängerung der Auszahlungsdauer des ALG I um einige Monate oder die Regelsatzangleichung zwischen Ost und West im Jahre 2005). Solidarische Aktionen von Arbeitnehmern zur Unterstützung von Erwerbslosen sind mir nicht bekannt, da lohnt sich ein Blick in das Nachbarland Frankreich, dort wurden während der Arbeitslosenproteste in den Neunziger Jahren die Beteiligten kostenlos transportiert, Stromsperrern bei armen Leuten verhindert und kurzfristig der Strom in reicheren Gebieten gesperrt.

Erwerbslosenproteste sind in den letzten Jahren, in ihren vielfältigen Formen, kontinuierlicher Bestandteil der politischen Kultur Deutschlands geworden. Auch wenn ihre Aktivitäten meist von den Medien ignoriert werden, hat es in den Jahren 2003/2004 keine andere soziale Bewegung geschafft, hunderttausende von Menschen auf die Strasse zu bringen. Und schließlich ist die bundesweit meist diskutierte Forderung, als Alternative zur herrschenden Politik, die nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Eine Forderung, die schon Ende der Siebziger Jahre von Erwerbslosengruppen als „Existenzgeld“<sup>5</sup> entwickelt wurde. Von wirksamen Strategien des Erwerbslosenprotestes, im Sinne der öffentlichen Wahrnehmung, konnte dann gesprochen werden, wenn Aktionen überraschend und unplanmäßig verliefen (Montagsdemonstrationen, „Überflüssige“, Besuch von Luxusrestaurants, Begleitung des Namensgebers der Hartz-Gesetze zum Gericht usw.), oder wenn Aktivitäten in einem breiten Bündnis stattfanden, mit entsprechender Repräsentanz der eigenen Ansprüche und Forderungen (z.B. Demonstration am 01.November 2003 in Berlin).

In den letzten Jahren sind Erwerbslosenproteste auf der Straße kaum sichtbar. Die Aufrechterhaltung des Alltags absorbiert einen großen Teil der Kräfte, während die Jobcenter ihre Kontrollmechanismen mehr und mehr ausgebaut haben. Nach acht Jahren Hartz-IV zeigt das neue System seine Auswirkungen; unter anderem ist ein riesiger Niedriglohnbereich entstanden, in dem ein großer Teil der Erwerbslosen als zeitlich beschränkte rotierende Arbeitskraft fungiert. Über Leiharbeit, befristete Tätigkeiten, Maßnahmen zur Eingliederung usw. werden sie gezwungen Erwerbsarbeit zu verrichten, deren Lohn nicht zum Leben reicht. Sie sind nach wie vor auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen und dort, wo die Bezahlung der Lohnarbeit gerade so auskömmlich ist, wird spätestens im Rentenalter der erneute Kontakt zum Sozialamt notwendig. Diese politisch gewollte soziale Entwicklung deutlich zu machen, ist ein Ziel von Erwerbslosengruppen. Ein Bündnis zwischen Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und Noch-Arbeitnehmern sehen sie als dringend erforderlich. Hier setzten traditionell die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen an. Wie schwer es war und ist die Interessen von Erwerbslosen in den Gewerkschaften zu verankern, verdeutlichen die entsprechenden Beiträge im Buch. So gut in manchen Regionen auf Kreis- und Landesebene die Zusammenarbeit in der Gremienarbeit auch sein mag, so bleiben die Fragen unbeantwortet, warum sich Gewerkschaftsfunktionäre an der Hartz-Kommission

---

<sup>5</sup> Siehe den Beitrag „Existenzgeld und Perspektive“ in diesem Buch.

beteiligt haben und warum die Gewerkschaften den Protest der Montagsdemonstrationen nicht mit ihren vielfältigen Möglichkeiten unterstützt und Arbeitnehmer zu solidarischen Aktionen aufgerufen haben. Stattdessen stellte der DGB-Vorsitzende Sommer 2005 fest, dass der Weg zu einem Sozialstaat, der nicht mehr den Lebensstandard absichere, „unumkehrbar eingeschlagen“ sei. Und weiter: „Das können wir kritisieren, ändern werden wir es nicht mehr.“<sup>6</sup> Noch 2003 behauptete er: „Die Gewerkschaftsproteste hätten die ‚größten Klötze‘ von der Agenda 2010 weggeräumt.“<sup>7</sup>

Letzter Höhepunkt des bundesweit organisierten Erwerbslosenprotestes war eine Krach-schlagen-Demonstration 2010 in Oldenburg. Aufgerufen hatte ein „Krach-schlagen-Bündnis“<sup>8</sup>, dem die „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ (KOS), das „Aktionsbündnis Sozialproteste“ (ABSP), ver.di-Erwerbslose, die „Bundesarbeitsgemeinschaft prekäre Lebenslagen“ (BAG-PLESA), die „Arbeitslosenselbsthilfe-Oldenburg“ (ALSO) und andere angehören bzw. angehört. Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil im Februar 2010 zu den Hartz-IV Regelsätzen erhoffte sich das Bündnis zu einem günstigen Zeitpunkt mit einer von vielen, aber eben nicht von allen, getragenen zentralen Forderung nach „Mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel“ Einfluss auf die weiteren politischen Verhandlungen über die Höhe der Regelsätze nehmen zu können. Gewünscht hatte sich ein Großteil der Erwerbslosennetzwerke mit ihrer Minimalforderung, durch Einbezug von sozialen Verbänden und Gewerkschaften bzw. durch neuartige Allianzen (z.B. Milchbauern in Oldenburg), die eigene organisatorische Schwäche auszugleichen. Wurde die zentrale Demonstration in Oldenburg 2010 mit 3000 TeilnehmerInnen noch als Erfolg gesehen, schlug der Versuch den Protest dezentral weiterzuführen fehl. Im Anschluss an diese Aktivitäten setzte ein reger Diskussionsprozess bei den Erwerbslosengruppen ein, wie der bundesweite Protest erfolgversprechend weiter geführt werden kann. Dabei flossen auch Erfahrungen aus den bisher eher enttäuschend verlaufenden Krisenprotesten in Deutschland ein. Infrage gestellt wurde, ob überhaupt soziale Themen als Bindeglied verschiedener Bewegungen fungieren könnten, da zuletzt nur durch die Beteiligung der bürgerlichen Mitte Erfolg bei Protesten gewährleistet war. „Es kommt somit drauf an, in wie weit es den sozialen Bewegungen gelingen kann, exponierte Vertreter der bürgerlichen Mitte für das Anliegen der Deklassierten zu gewinnen...“<sup>9</sup> Andere kritisierten den Ansatz Forderungen an Staat und Parlament zu stellen und präferierten den direkten Kontakt über die Stadtteile und die Jobcenter bzw. den Aufbau von Alternativökonomie, als direkte, erfahrbare Veränderungsmöglichkeit.<sup>10</sup>

Einen ähnlichen direkten Zugang zu den Betroffenen suchte die Gruppe „Initiative Zusammen! Gegen das Jobcenter Neukölln“ zwischen 2010 und 2012. In Form einer militanten Untersuchung, als eine eingreifende, parteiische Untersuchung, versuchten sie der Vereinzelung auf dem Amt etwas entgegenzusetzen und im Alltag Gemeinsamkeiten und widerständigen Handlungen zu unterstützen. Im November 2011 erschien ein erster Bericht<sup>11</sup>. Eine Gesamteinschätzung steht noch aus.

Immer wieder in der Diskussion befinden sich die Fragen nach der Rolle des Staates als Adressat von Forderungen, nach dem Verhältnis zu den Gewerkschaften und die Rolle von Parteien, insbesondere der Einfluss der Partei die „Linke“. Als eine Konsequenz wird der „Aufbau von staatsunabhängigen Erwerbslosenprojekten und Beratungsstellen“<sup>12</sup> gesehen.

---

<sup>6</sup> Spiegel.online 13.02.2005

<sup>7</sup> Frankfurter Rundschau 28.05.2003

<sup>8</sup> <http://www.krach-statt-kohldampf.de>

<sup>9</sup> Behrsing, M.: Sparpaket nicht gestoppt-Was ist los mit den sozialen Bewegungen?, Erwerbslosenforum Pressemitteilung 28.11.2011

<sup>10</sup> z.B. Anne Seeck im ak vom 18.03.2011

<sup>11</sup> Mach mit, macht's nach, macht's besser!, eine militante Untersuchung am Jobcenter Neukölln Berlin 2011

<sup>12</sup> Bremer Erwerbslosenverband Koordinierungskreis 17.01.2011

Auf Bundesebene liegt der Schwerpunkt des Aktionsbündnisses Sozialproteste (ABSP), ähnlich wie bei der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) auf eine an Forderungen orientierte Kampagnenstrategie. Insbesondere der politische Ansatz der Verbindung von Forderungen nach einer Regelsatzerhöhung (500 €) mit einer Mindestlohnforderung (10 €) und einer Arbeitszeitverkürzung (30 Stunden) fand innerhalb der Initiativen einen großen Zuspruch. Letztendlich führte diese Triadensetzung zwar zu einer gewissen Popularität, als wirkliches Mobilisierungsinstrument erwies sie sich aber als zu schwach. Kritiken entzündeten sich insbesondere an der sehr bescheidenen Regelsatzforderung, die von der Begründung her, genauso wie von der Höhe her dem Anspruch nach einer konsequenten Bekämpfung von Armut und von Zwangsmaßnahmen widersprach.

Nachwievor gibt es eine kleine emsige Erwerbslosenprotestbewegung. Sie gehen, wenn auch erheblich geschrumpft, seit sieben Jahren immer noch auf Montagsdemonstrationen in ca. 70 Städten, sie führen Zahltage durch, begleiten Erwerbslose in die Jobcenter, besuchen besonders unbeliebte Sachbearbeiter, führen Aktionen auf Jobmessen durch, besuchen Einkaufszentren, gehen umsonst essen in feine Restaurants, begrüßen ihren Oberbürgermeister mit einer Torte, wehren sich gegen die Präsenz der Bundeswehr in den Arbeitsämtern, initiieren inhaltliche Kampagnen, verhindern mit anderen gemeinsam Zwangsräumungen<sup>13</sup>, führen Demonstrationen durch, treffen sich auf Aktionskonferenzen und ab und zu brennt es auch bei den Jobzentren.

In den letzten Jahren ist deutlich erkennbar geworden, an welchen Punkten Erwerbslose und arme Menschen rebellieren: wenn ihre Würde verletzt wird, wenn ihr Gerechtigkeitsempfinden erheblich gestört wird und/oder wenn sie eine Einsicht in die Notwendigkeit grundlegender Veränderung entwickeln.

Wir haben aber auch in den letzten Jahren erlebt, dass sich einiges wiederholt: kurzfristiges Aufbegehren, dann wird der Rechtsweg eingeschlagen oder auf Wahlen gesetzt, Bündnispartner wie DGB und andere unterstützen genau diesen Weg. Aus diesem Zusammenhang wird auch deutlich: Nichts ist planbar – aber Vorbereitung alles! Dazu benötigt es die Schaffung von Strukturen, den Ausbau der Beratung und die Setzung eigener Inhalte. Und schließlich benötigt es selbstorganisierte Räume, um eingreifen zu können, aber auch um gemeinsam von und mit anderen politischen Gruppen und sozialen Initiativen zu lernen.

Impulse für neuere Ansätze in der Erwerbslosenpolitik kommen aus Oldenburg von der Arbeitslosenselbsthilfe (ALSO) und von der Bundesarbeitsgemeinschaft prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA).

Erstere Position lässt sich anhand des Beitrages der ALSO in diesem Buch nachvollziehen („Strategien von Erwerbslosenprojekten – Versuch einer Neuorientierung“).

Sie gehen, ähnlich wie der „Gute Leben“ Ansatz von Teilen der BAG-PLESA vom Verlust der gesellschaftlichen Bedeutung der Fabrik als Orientierungspunkt linker Politik aus. Zudem plädieren beide für eine Erweiterung des Themenspektrums über den unmittelbaren Bezug zur Erwerbslosigkeit hinaus, auf gesellschaftlich relevante, übergreifende Themenstellungen.

Die ALSO sieht in den Bereichen Nahrungsmittel, Ökologie und Naturverhältnis den Ausgangspunkt neuer Bewegungen. Während auf der einen Seite die Erwerbslosengruppen genau diese Aspekte in ihren theoretischen Ausführungen und praktischen Aktionen nicht berücksichtigen, fehlt umgekehrt die soziale Analyse in der Praxis z.B. von ökologisch

---

<sup>13</sup> Nowak, P.: „Kein Durchkommen für Gerichtsvollzieherin“, in: telepolis 23.10.2012. „Ob Ali ob Kalle, wie bleiben alle“, hallte es am Montagmorgen durch die Lausitzer Straße in Berlin-Kreuzberg. Dort hatten sich vor dem Eingang der Nummer 8 ca. 150 Menschen versammelt. Sie wollten verhindern, dass die seit Jahren in diesem Haus lebende fünfköpfige Familie G. zwangsgeräumt wird.“

orientierten Gruppen. Im solidarischen Kontakt mit Milchbauern, Naturschutzverbänden und ähnlichen Organisationen versucht die ALSO neue Bündnismöglichkeiten mit einer erweiterten ökologischen Perspektive aufzubauen. „Wir haben uns neu bewegt. Bündnisse von Erwerbslosennetzwerken mit der Ökologiebewegung, kämpferischen Bauern und kritischen Verbraucherverbänden sowie die Verbindung von Hartz-IV-Regelsätzen und Niedrigeinkommen mit Fragen ökologischer Lebensmittelproduktion und -verteilung hat es vorher so nicht gegeben.“<sup>14</sup> Inwieweit dieser politische Ansatz innerhalb der bestehenden Erwerbslosengruppen Anklang findet und sich auch in anderen Regionen Deutschlands realisieren lässt bleibt abzuwarten.

Innerhalb der BAG-PLESA entwickelte eine Arbeitsgruppe, aus der Debatte über den Regelsatz die Forderung nach einem „guten Leben“ (siehe den Beitrag „Existenzgeld und Perspektive“ in diesem Buch), dem der Herausgeber dieses Buches auch nahe steht. Es stellt den Versuch dar, die Zersplitterung der sozialen Auseinandersetzungen zu überwinden: hier für einen höheren Regelsatz, da für Mindestlohn, hier für die Rechte von MigrantInnen oder da für die Verbesserung der Wohnsituation. Das „gute Leben“ ist eine gemeinsame Forderung hinter die sich Viele stellen können, ohne dass der Anspruch an Radikalität verliert. Es stellt keine Defensivforderung dar, es geht nicht um Almosen oder Mindestsicherungen, sondern um die bewusste Forderung nach einer ausreichenden Existenzsicherung, in deren Mittelpunkt in selbstbestimmter Form die Lust auf Leben steht. Mit der notwendigen Unbescheidenheit der Begrifflichkeit „gut“ wird sich abgesetzt von der Tafelpraxis, Resteverwertung und sonstigen Maßnahmen und Mittel, die zur gesellschaftlichen Ausgrenzung genutzt werden. Und schließlich ergeben sich aus der Forderung nach einem „guten Leben“ weitere Diskussionsstränge: wie will ich Leben und Arbeiten, wie erreiche ich es möglichst preisgünstig aber dennoch gut zu wohnen, welche Arten von Wohnen möchte ich entwickeln, wie soll mein Stadtteil aussehen, welche Art von lokaler Gesundheitspolitik benötige ich, welche Angebote kostenloser oder zu geringen Gebühren verfügbaren öffentlichen Gütern sind notwendig<sup>15</sup>, wie gelangen wir an gesellschaftlich erzeugten Reichtum und wie verwenden wir ihn?, usw. Auch hier ist noch unklar, ob sich diese Sichtweise weiter verbreitet.

Seit einiger Zeit lassen sich in unterschiedlichen Ländern Protestereignisse feststellen, die auch Auswirkungen auf die politische Landschaft in Deutschland haben:

Auf zentralen Plätzen versammeln sich hunderte oder tausende Bürger und Bürgerinnen, es wird zugehört, diskutiert, es werden Aktivitäten entwickelt, aus Begeisterung entsteht eine gemeinsame Ordnung, möglicherweise etwas Anderes als das Bisherige, siehe die entsprechenden Entwicklungen in Ägypten, Tunesien, Spanien usw.

Eine andere Art der Politik etabliert sich: ohne traditionelle Parteien, ohne Hierarchien, Diskussionen werden auf der Straße geführt, Entscheidungen gemeinsam beschlossen und realisiert. Direkte Demokratie – in Venezuela, Ecuador, in verschiedenen Ecken von Mexiko und Argentinien wird sie praktiziert.

Langsam entsteht auch in Deutschland eine ähnliche Bewegung und wenn das Soziale dort nicht fehlen soll, dann kann nur jeder Erwerbslosengruppe geraten werden (falls nicht schon getan) dort den Kontakt zu suchen. Hier gilt es das Gemeinsame zu suchen und das Soziale in die Diskussion einzubringen.

In Deutschland ist die Einstellung zur Lohnarbeit der Dreh- und Angelpunkt aller gesellschaftlichen Veränderung. Der Versuch eines anderen Lebens und eines anderen Arbeitens kollidiert immer wieder mit den moralischen Implikationen der Lohnarbeit.

---

<sup>14</sup> Bättig, M.: „Bis in den letzten Winkel“, Interview ak vom 21.09.2012

<sup>15</sup> siehe die Debatte „Sozialpolitik als Infrastruktur“ auf der Internetplattform [www.links-netz.de](http://www.links-netz.de)

Die Fragen nach „Wer ist was wert?“ „Wer leistet etwas und wer definiert die Leistung“ sind zentral. Nach Mag Wempel (labournet) hat der Glaube an Leistungsgerechtigkeit die Hartz-IV-Proteste gespalten. So steht eine mehrheitlich tiefe Hoffnung in demokratische Grundregeln und wahlpolitische Forderungen dem selbstbewussten Einklagen bedingungsloser Rechte auf Wohnen, Gesundheit, Bildung und Kultur gegenüber.

Viele können sich eine soziale Infrastruktur nur als Kostenfaktor vorstellen, aber warum soll es nicht kostenlosen Strom, Wasser und Wärme für Alle geben, warum kein kostenloses Internet, kostenlose Gesundheitsversorgung oder kostenloser Nahverkehr?

Was brauchen wir für ein gutes Leben und wer bestimmt was wir brauchen? Für die Beantwortung dieser und anderer Fragen hat die weltweite Bewegung für direkte Demokratie Ansatzpunkte geliefert.

Bei uns fehlt es noch an einer solchen Debatte, die öffentlich sein muss, die nicht nur Arme und Prekäre betrifft, in die Initiativen wie „Recht auf Stadt“ genau so hineingehören wie Ökologiegruppen, solidarische Ökonomie-Gruppen und ebenso globalisierungskritische Gruppen. Nicht zuletzt im fernen Ecuador und Bolivien steht das „Buen Vivir“, das Recht auf gutes Leben in deren Verfassung.

Das Erstaunen dass „eine Bewegung auf die Bühne trat, obwohl sie unwahrscheinlich war“<sup>16</sup> deutet künftige soziale Auseinandersetzungen an, die vielleicht, ähnlich wie in England im Sommer 2011 mit einem Aufruf im Internet beginnen können:

„Wir treffen uns um 19 Uhr am Stratford Park, lasst uns alle reich werden.“

**\*) Beitrag von Harald Rein (S. 239-246) des Buches "Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest 1982 – 2012. Dokumentation, Analyse und Perspektive" - herausgegeben von Harald Rein und erschienen im AG Spak-Verlag (ISBN 978-3-940865-37-3 I 2012 I 262 Seiten I 22,00 €). Siehe dazu: [Inhaltsverzeichnis und Bestellung auf der Buch-Seite beim Verlag](#)**

**... als exklusive Leseprobe im LabourNet Germany – wir danken dem Autor und Verlag!**



<sup>16</sup> Bourdieu, P.: Interview taz 23.01.1998

